

Dr. Michael Jung

per Mail: jung@spd-muenster.de

18.06.2020

**SPD: „Opfer in den Blick nehmen“, WN vom 17.06.2020
Offener Brief**

Sehr geehrter Herr Dr. Jung,

dass Sie nun den Fall sexualisierter Gewalt als Wahlkampfthema funktionalisieren, empört mich sehr. Es ist überhaupt nicht hilfreich und stärkt nicht das Vertrauen in die Arbeit des Jugendamtes, wenn Sie die Äußerung der ehemaligen Amtsleiterin und ehemaligen Parteikollegin auf eine Frage im Rahmen eines Interviews¹ zum Missbrauchsfall in Lügde ständig wiederholen, denn damit unterstellen Sie subtil, dass es institutionelles Versagen im Jugendamt gab, und versuchen sich als Aufklärer darzustellen.

Zu Ihrer Information, Herr Jung: Die an Körper und Seele verletzten Kinder befinden sich an sicheren Orten in Einrichtungen der Jugendhilfe und werden dort intensiv betreut und unterstützt mit dem Ziel, sie zu schützen unter heilenden Bedingungen. Sie sind also „im Blick“.

Und noch etwas, Herr Dr. Jung: Pädagog*innen, Psycholog*innen, Sozialpädagog*innen und Sozialarbeiter*innen, Kinderärzt*innen, Lehrer*innen und viele andere achtsame Menschen wissen, dass es jeden Tag sexualisierte Gewalt gibt und schauen auch hin, machen aufmerksam und geben Hinweise, denen dann professionell und qualifiziert nachgegangen wird.

Und eins können Sie mir glauben, das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien ist eine lernende Organisation und bestrebt die gute Arbeit stets weiterzuentwickeln.

¹ Frau Pohl hatte auf die Frage: ‚Könnte ein Fall wie der jahrelange Missbrauch in Lügde hier auch passieren‘ gesagt. „Nein, durch unsere professionelle Arbeit würde ich ein derartiges institutionelles Versagen ausschließen.“ (WN vom 21.09.2019)



Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Ratsfraktion Münster

Windthorststr. 7
48143 Münster

Fon: 0251 / 8 99 58 10
Fax: 0251 / 8 99 58 15
gruene.ratsfraktion
@muenster.de
www.gruene-muenster.de

Jutta Möllers
Ratsmitglied
moellers@
gruene-muenster.de

Aber es ist eben auch so, dass digitale Medien, insbesondere das Darknet, das Ausmaß von sexuellem Missbrauch immens verschlimmert haben. Im Netz ist es für die Täter*innen leicht, sich zu organisieren und das entsetzliche Datenmaterial auszutauschen. Ihre Strategien sind perfide im Netz und im wirklichen Leben. Das macht es so schwer, Täter*innen zu erkennen und ihre Taten aufzudecken.

Eine Garantie, Fälle sexualisierter Gewalt zu verhindern, kann leider niemand geben. Aber wir können alles dafür tun, um solche Taten zu verhindern bzw. frühzeitig zu erkennen (Prävention in Kita, Schule etc., Fortbildung und Schutzkonzepte) und in abgestimmter, verbindlicher Kooperation von Polizei, Justiz, Jugendhilfe und Schule zu handeln. Das muss uns alle umtreiben; denn keine Institution schafft das allein. Auf komplexe Fragen gibt es keine einfachen oder gar schnellen Antworten.

Und noch eins, Herr Jung: Haben sie eigentlich an die Familie Robbers gedacht, wenn sie sich so äußern? Es gilt die Unschuldsvermutung. Sie skandalisieren!

Immer noch empört
Jutta Möllers

Anlage
WN-Artikel vom 17.06.2020

WN 17.06.2020

SPD: „Opfer in den Blick nehmen“

MÜNSTER. Dr. Michael Jung, SPD-Oberbürgermeisterkandidat, betont in einer Pressemitteilung die Dringlichkeit der Entscheidung, sich von Dr. Thomas Robbers als Chef der Wirtschaftsförderung zu trennen. Die Entscheidung sei zugleich eine politische Aufforderung an den Oberbürgermeister und Verwaltung, zügig interne Versäumnisse in dem Skandal umfassend aufzuklären und Konsequenzen zu ziehen. „Die gestrige Entscheidung kann nur der Anfang sein, erschüttertes Vertrauen wiederherzustellen“, so Jung. Zudem erläuterte er: „Es wird wirklich höchste Zeit, dass wir den eigentlich Geschädigten, nämlich den missbrauchten Jungen, in den Blick nehmen. Es muss aufgearbeitet werden, wieso das Jugendamt nicht viel früher zum Schutz des Jungen tätig geworden ist, sondern in öffentlichen Stellungnahmen selbst sicher ausgeschlossen hat, dass ein Fall wie in Lügde sich auch in Münster ereignen könne.“ Nun müsse die gesamte Arbeit auf den



Michael Jung

Foto: privat

Prüfstand und insbesondere geklärt werden, wie die Kooperation von Jugendamt, Kitas und Schulen verbessert werden könne und wie auch mit wirksamen rechtlichen Mitteln zum Beispiel Kontaktsperren für verurteilte Täter durchgesetzt werden könnten. Es sei ein „Frühwarnsystem“ nötig, das nicht nur auf den Austausch Hauptamtlicher setze, sondern auch Gespräche mit gefährdeten Kindern in den Mittelpunkt stelle. „Das Jugendamt muss in seiner Arbeit viel näher an die Kinder und Jugendlichen heran und Konzepte entwickeln, wie Missbrauch schon im Ansatz verhindert werden kann, fordert Jung.“